

**Landesdelegiertenkonferenz zur
Aufstellung der Landesreserveliste
für die Bundestagswahl 1994
5. März 1994
Rheine, Stadthalle**

Beschlußprotokoll

NRW/SPD

Inhaltsverzeichnis		Seite/n
<hr/>		
TOP 1	Eröffnung und Begrüßung	1
TOP 2	Ansprache	1
TOP 3	Konstituierung	1
TOP 4	Beschlußfassung über Tages- und Geschäftsordnung	2 - 4
TOP 5	Rede des Spitzenkandidaten	5
TOP 6	Aussprache	5
TOP 7	Bericht der Mandatsprüfungskommission	5
TOP 8	Beschlußfassung über die Landesreserveliste	5 - 8
TOP 9	Schlußwort	9
Anhang	- Rede des Landesvorsitzenden	
	- Rede des Spitzenkandidaten	

Tagesordnung

1. Eröffnung durch die Versammlungsleiterin
Christina R i e s e n b e c k ;
2. Ansprache des SPD-Landesvorsitzenden
Johannes R a u ;
3. Konstituierung der Landesdelegiertenkonferenz
 - a) Wahl des Versammlungsleiters/der Versammlungsleiterin;
 - b) Wahl des Schriftführers/der Schriftführerin;
 - c) Wahl des Vertrauensmannes/der Vertrauensfrau;
 - d) Wahl des stellv. Vertrauensmannes/der stellv. Vertrauensfrau;
 - e) Wahl von zwei Sammlungsteilnehmern/-teilnehmerinnen zur
Versicherung an Eides Statt
 - f) Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - g) Wahl der Wahlkommission;
4. Beschlußfassung über
 - a) Tagesordnung
 - b) Geschäftsordnung;
5. Rede des Spitzenkandidaten der NRW-SPD zur Bundestagswahl
Christoph Z ö p e l ;
6. Aussprache;
7. Bericht der Mandatsprüfungskommission;
8. Beschlußfassung über die Landesreserveliste
 - a) Platz 1 der Landesreserveliste
 - b) Platz 2 bis Schluß der Landesreserveliste;
9. Schlußwort.

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die von den Bezirken bzw. Unterbezirken gewählten Delegierten.
2. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten abstimmen.
3. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.
4. Die Wahl der Kandidaten/Kandidatinnen der Landesliste ist geheim.
Es werden gewählt:
im 1. Wahlgang der Spitzenkandidat/die Spitzenkandidatin
im 2. Wahlgang die Gruppe von Platz 2 bis Ende der Landesreserveliste.

Bei mehreren Kandidaturen für gleiche Plätze der Landesreserveliste wird darüber vorab gesondert geheim abgestimmt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält.
5. Die Redezeit für Diskussionsredner/innen beträgt fünf Minuten.
6. Die Diskussionsredner/innen erhalten in der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
7. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller/innen erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/innen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt maximal fünf Minuten.
8. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je einem Redner/einer Rednerin die Gelegenheit gegeben worden ist, für oder gegen den Antrag zu sprechen.
9. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.

TOP 5

Rede des Spitzenkandidaten

Die Rede des Spitzenkandidaten der NRW-SPD für die Bundestagswahl, **Christoph Zöpel**, ist im Anhang dokumentiert.

TOP 6

Aussprache

Svenja Schulze nahm das Wort und plädierte dafür, den zuvor gefaßten Beschluß zur Beteiligung von Jungsozialistinnen und Jungsozialisten auch auf der Landesliste unverzüglich umzusetzen.

TOP 7

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Herbert Nilges erstattete den Bericht über die Mandatsprüfung:

Es waren anwesend

Bez. Westliches Westfalen	von 141 eingeladenen Delegierten	141
Bez. Ostwestfalen-Lippe	von 29 eingeladenen Delegierten	25
Bez. Niederrhein	von 73 eingeladenen Delegierten	69
Bez. Mittelrhein	von 57 eingeladenen Delegierten	57

TOP 8

Beschlußfassung über die Landesreserveliste

Der von **Svenja Schulze** eingebrachte Verfahrensvorschlag, Platz 10 als gesetzten Platz für die Kandidatur eines Jungsozialisten/einer Jungsozialistin vorzusehen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Entsprechend der in Ziffer 4. der angenommenen Geschäftsordnung vorgesehenen Bestimmungen wurde zunächst über die Kandidaturen für Platz 19 (**Achim Grossmann**, **Hiltrud Menges**) und Platz 25 (**Aydin Sayilan**, **Walter Schöler**) abgestimmt. Die Kandidatin und Kandidaten stellten sich vor.

Die anschließende Abstimmung hatte folgendes Ergebnis

Platz 19

abgegebene gültige Stimmen: 256

Es entfielen auf

Achim Grossmann	200 JA-Stimmen
Hiltrud Menges	54 JA-Stimmen,

damit war die Kandidatur von Achim Grossmann bestätigt.

Platz 25

abgegebene gültige Stimmen: 262

Es entfielen auf

Aydin Sayilan	74 JA-Stimmen
Walter Schöler	184 JA-Stimmen,

damit war die Kandidatur von Walter Schöler bestätigt.

Die Landesdelegiertenkonferenz wählte auf Platz 1 der Landesliste Christoph Zöpel. Auf ihn entfielen von 265 abgegebenen gültigen Stimmen 246 JA-Stimmen, 12 NEIN-Stimmen, 7 Enthaltungen.

Der Wahlgang von Platz 2 bis Ende der Landesliste hatte bei 254 abgegebenen Stimmzetteln folgendes Ergebnis:

Die Gesamtliste wurde mit 225 JA-Stimmen beschlossen. Es wurde entschieden, die Einzelergebnisse im Protokoll zu dokumentieren. Sie sind nachstehend ausgedruckt. Gegen das Wahlverfahren der Landesdelegiertenkonferenz wurden keine Einwände erhoben. Es wurde bestätigt, daß die Wahlen ordnungsgemäß erfolgt sind.

Landesreserveliste der NRW-SPD für die Bundestagswahl 1994
(beschlossen auf der Landesdelegiertenkonferenz am 5. März 1994 in Rheine)

Wahlergebnis

Platz Nr.:	Bewerber/in	JA	NEIN	ENTH.	UNGÜLT.
01	Christoph Zöpel	246	12	7	
02	Anke Fuchs	243	10	1	
03	Rudolf Dreßler	248	3	3	
04	Wolf-Michael Catenhusen	247	6	0	1
05	Ingrid Matthäus-Maier	245	9	0	
06	Hans-Gottfried Bernrath	245	8	0	1
07	Marianne Klappert	243	7	4	
08	Regina Schmidt-Zadel	242	7	5	
09	Rudolf Purps	240	10	3	1
10	Katrin Fuchs	250	3	1	
11	Hildegard Wester	245	6	3	
12	Hans Berger	243	9	2	
13	Angelica Schwall-Düren	249	4	1	
14	Josef Vosen	236	14	4	
15	Michael Müller	247	4	2	1
16	Dagmar Freitag	247	5	2	
17	Barbara Hendricks	247	7	0	
18	Hans-Peter Kemper	244	7	1	
19	Achim Grossmann	242	12	0	
20	Dieter Heistermann	244	8	2	
21	Dagmar Schmidt	245	5	4	
22	Anni Brandt-Elsweiler	246	5	3	
23	Ulla Schmidt	248	6	0	
24	Reinhard Schultz	240	9	4	1
25	Walter Schöler	243	10	0	1
26	Margot von Renesse	245	7	2	
27	Friedhelm-Julius Beucher	245	6	3	
28	Bernd Scheelen	243	7	3	1
29	Günter Rixe	244	7	3	
30	Eike Hovermann	244	7	3	
31	Hans-Werner Bertl	244	7	3	
32	Uwe Göllner	246	6	2	
33	Reinhold Hemker	247	5	1	1
34	Ingrid Becker-Inglau	245	7	2	
35	Christina Riesenbeck	243	8	2	1
36	Helga Kühn-Mengel	245	7	2	
37	Gerhard Bauer	244	5	4	1
38	Monika Simshäuser	250	3	1	
39	Jürgen Scholz	244	6	4	

40	Bernhard von Grünberg	245	5	3	1
41	Ingeborg Halm	244	7	2	1
42	Volker Jung	245	5	3	1
43	Lisa Seuster	247	3	3	1
44	Gerhard Zorn	247	3	3	1
45	Willfried Penner	245	6	2	1
46	Jochen Welt	241	6	6	1
47	Wolfgang Spanier	245	4	4	1
48	Uwe Jens	246	4	3	1
49	Eva-Maria Voigt-Küppers	247	5	2	1
50	Waltraud Lehn	247	5	1	1
51	Dieter Schloten	243	7	3	1
52	Joachim Poß	243	6	4	1
53	Klaus Lennartz	244	5	4	1
54	Norbert Formanski	242	7	4	1
55	Halis Özkan	251	1	0	2
56	Hermann Haack	241	8	3	2
57	Johannes Singer	243	7	2	2
58	Dieter Grasedieck	245	6	1	2
59	Peter Enders	242	7	3	2
60	Dietmar Thieser	243	6	3	2
61	Helmut Wiczorek	244	7	1	2
62	Konrad Gilges	247	3	2	2
63	Adolf Ostertag	247	3	2	2
64	Joachim Bünemann	244	5	3	2
65	Dieter Schanz	243	7	2	2
66	Klaus Hasenfratz	241	7	4	2
67	Günter Oesinghaus	243	6	3	2
68	Rolf Hempelmann	241	7	4	2
69	Klaus Lohmann	241	9	2	2
70	Volkmar Schultz	243	8	1	2
71	Dieter Maass	243	7	2	2
72	Günter Schluckebier	243	6	3	2
73	Hartmut Stieckan	243	5	4	2
74	Hans Urbaniak	243	7	2	2
75	Pia Dahmen	245	4	3	2
76	Kurt Bodewig	242	6	4	2
77	Wolfgang Weiermann	245	3	4	2
78	Jürgen Oppers	242	7	3	2
79	Herbert Nilges	242	7	3	2
80	Ursula Burchhardt	249	1	2	2
81	Ulrich Böhme	244	6	3	2
82	Volker Wilde	243	6	3	2
83	Erika Rohrbeck	244	6	2	2
84	Dieter Wiefelspütz	242	9	1	2
85	Hannelore Biermann	243	7	2	2
86	Dieter Hartmann	240	8	4	2
87	Johannes Veith	240	8	4	2
88	Rolf Kurth	239	6	6	3
89	Otto Reschke	242	6	4	2

TOP 9

Schlußwort

Johannes Rau sprach das Schlußwort.

Ende: 18.45 Uhr

Anhang

Rede des Spitzenkandidaten der NRW-SPD zur Bundestagswahl und stellvertretenden Landesvorsitzenden Christoph Z ö p e l auf der Landesdelegiertenkonferenz zur Wahl der Landesreserveliste zur Bundestagswahl am 05. März 1994 in Rheine

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Etwas beklommen bin ich schon, und diese Beklommenheit hat sich eben gesteigert durch Euer Schweigen, als Johannes Rau über Willy Brandt gesprochen hat. Drei Jahrzehnte hindurch haben Willy Brandt, und einmal Johannes Rau, diese Aufgabe gehabt, zur Wahl einer Landesliste Nordrhein-Westfalen für die Bundestagswahl zu sprechen, weil sie auf dem vorderen Platz kandidierten. Ich glaube, es wird Jahrzehnte dauern, bis die Sozialdemokratie wieder solche Menschen als ihr gesichertes Eigentum haben wird. Ich will versuchen, damit fertig zu werden. Meine Gedanken gehen zurück nach Bielefeld, in den Spätsommer 1990, als wir das letzte Mal diese Landesliste gewählt haben. Willy Brandt war da, er hat dort gesprochen. Dazu möchte ich eine Feststellung treffen, bei der Ihr mir - glaube ich - zustimmt. Was immer jetzt geredet und geschrieben wird: wir werden uns diesen faszinierendsten Sozialdemokraten unserer Parteilgeschichte von niemandem nehmen lassen, von niemandem nehmen lassen so wie er wirklich war.

Wir alle, die wir damals in Bielefeld waren, die dort gesprochen haben, wir waren damals zusammen in einer historischen Übergangsphase. Der Kommunismus war in sich zusammengebrochen. Deutschland war noch nicht vereinigt. Wir kannten unsere westdeutsche Gesellschaft, wir hatten Wünsche und Vorstellungen, wie sie sich weiterentwickeln sollte. Wir wußten traurig wenig über die DDR, die sich auflöste. Alle wissenschaftlichen Ostexperten, alle Geheimdienste hatten da nicht ausgereicht, uns wissen zu lassen, was tatsächlich in den 40 Jahren der Existenz dieses nun nicht mehr vorhandenen Staates geschehen war. Damals habe ich beschrieben - als ich über Fortschritt '90, das Regierungsprogramm dieses Jahres sprach - wie ich die Gesellschaft sehe, in der wir Westdeutschen damals lebten. Ich habe gesagt:

"Wir leben in einer sehr, sehr reich gewordenen Gesellschaft, die diesen Reichtum vor allem verdankt den in diesem Tempo nicht vorhergesehenen Möglichkeiten, technischen Fortschritt in wirtschaftliches Wachstum umzusetzen. Wir sehen auf der anderen Seite, daß technischer Fortschritt zu ökologischen Gefährdungen und damit zu veränderten Bewußtseinslagen, dem Eindringen von Ängsten in die Gefühle von Menschen geführt hat.

Wir leben in einer Welt, in der vor allem unsere Kinder nationale Grenzen nicht mehr kennen, weil es problemlos ist, aus Düsseldorf nach Paris oder von Dortmund nach Rom zu fahren. Wir erleben auf der anderen Seite das Wiedererwachen nationaler Gefühle und Bestrebungen und europäische Wanderungsbewegungen, die zu Ausbrüchen von Fremdenfeindlichkeit führen.

Wir leben in einer Welt mit immer mehr Möglichkeiten der Entfaltung und Selbstverwirklichung des Menschen. Wir erfahren auf der anderen Seite, daß diese Rechte sehr vielen Frauen vorenthalten bleiben."

Aus diesen Feststellungen haben wir damals das Regierungsprogramm abgeleitet. Für mich gilt dieses alles noch, und ich will es deshalb nicht wiederholen.

Bald nach dem Landesparteitag in Bielefeld kam der 3. Oktober 1990 - die Vereinigung Deutschlands. Ich habe diesen Tag, vor allem den Abend dieses Tages in Frankfurt an der Oder erfahren, auf einer Veranstaltung, bei der das Regierungsprogramm von damals, Fortschritt '90, den Menschen in Frankfurt an der Oder vermittelt werden sollte. Und im Laufe der Diskussionen spürte ich immer mehr eine Gläubigkeit dieser Menschen in das, was ihnen von westdeutschen Politikern gesagt wurde, die mich mehr und mehr besorgt machte. Und da habe ich dort in Frankfurt an der Oder gesagt, und das vergesse ich nicht: Wir werden jetzt viel voneinander lernen müssen nach dem 3. Oktober 1990, viel Gutes und Schlechtes. Eines meine ich sagen zu müssen, den Menschen, die jetzt in das vereinte Deutschland, in die Bundesrepublik Deutschland hineinwachsen wollen: Glauben sie bitte nicht alles, was Ihnen westdeutsche Politiker vor Wahlen sagen. Da stand ein Teilnehmer auf und sagte: Sie dürfen alles sagen bei uns, nur bitte das nicht. Ich war noch mehr betroffen. Ich habe nachgedacht, wie ich antworten sollte. Ich habe ihm schließlich gesagt, ich verstehe Sie, aber ich bleibe bei meiner Aussage. Damals am 03. Oktober 1990 war die Steuerlüge Kohl's noch nicht offenkundig. Damals hatte Kohl noch nicht laut von den blühenden Landschaften gesprochen, das kam erst später. Wenn er es getan hat und wenn andere so etwas tun, dann tun sie es manchmal deshalb, weil sie meinen, die Menschen brauchen Optimismus; dem will ich nicht widersprechen. Nur, wenn Repräsentanten des politischen Systems Optimismus verblasen und dann das, was mit dem Optimismus verkündet wurde, nicht eintritt, dann entsteht Verdrossenheit, dann leiden die, die Optimismus verblasen haben an Verlusten ihrer Glaubwürdigkeit, dann kann eine Gesellschaft übergehen in einen Zustand von Larmoyanz und Schuldzuweisungen. Und ich glaube, all dies ist eingetreten in den letzten vier Jahren. Diese Gesellschaft ist verdrossen. Politik hat an Glaubwürdigkeit verloren, wen immer wir treffen, seien es Unternehmer, seien es Kulturschaffende, seien es kritische oder unkritische Geister, sie klagen und sie weisen Schuld zu. Vor diesem Hintergrund - so meine ich - sind die Wahlen 1994 anders als die 1990, sind auch anders als vielleicht alle anderen Bundestagswahlen zuvor. Ich sag bewußt nicht: schwieriger. Schon Adenauer hat jede Bundestagswahl für die schwierigste erklärt, das ist eine Leerformel. Sie sind anders, anders kann schwieriger sein als besonders schwierig. Und weil das so ist, so gibt es - mir geht es jedenfalls so und ich hoffe, dieses Gefühl teilen viele, - gibt es 1994 eine ganz besondere Notwendigkeit, sich selbst und anderen zu begründen, warum man sich um ein Mandat j,m Deutschen Bundestag bewirbt, ja darüber hinaus für eine Partei, für unsere SPD, warum wir den Anspruch auf Regierungsverantwortung den Bürgern gegenüber darstellen. Es gibt eine besondere Notwendigkeit, das zu begründen, für uns als Repräsentanten unserer Partei, für jeden einzelnen. Ich meine, nur wenn das gelingt, wenn jeder von uns, der kandidiert,

vor sich selber klar begründen kann, warum er das tut, wenn unsere sozialdemokratische Partei als ganze sehr genau weiß: ja deshalb wollen wir die Regierungsverantwortung, wird es uns gelingen, das anderen, denen, die uns wählen sollen, zu vermitteln. Johannes Rau hat oft von den Schuhspitzen gesprochen, auf die wir Sozialdemokraten nicht herunterblicken sollen, um uns zu entschuldigen; also schon vor der Verdrossenheit gab es manchmal das Gefühl, daß wir nicht ganz genau wußten, warum wir Ansprüche auf politische Verantwortung erheben. Aber es ist 1994 noch wichtiger, vor uns selbst zu wissen, warum wir Bundestagsabgeordnete werden wollen, vor uns selbst zu wissen, daß wir verhindern müssen, daß die falsche Politik gemacht wird. Wenn uns das gelingt, dann können wir - und das ist ja nicht unwichtig und ich hoffe, wenn ich das ausspreche, treffe ich auch wieder Gefühle von anderen, die sich mit mir bewerben - dann können wir mit demokratischem Selbstbewußtsein den Wählern gegenüberreten und mit ihnen auch diskutieren über Vorwürfe und Klischees, die sonst sehr schmerzen können.

Am Anfang einer solchen Selbstvergewisserung steht Analyse. Und was ich mich frage, ist: was sind die Gründe für Verdrossenheit, für Larmoyanz, für Schuldzuweisungen.

Meine erste Antwort ist: Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus fühlen sich, ja sind die Menschen in den reichen Gesellschaften, von denen ich schon 1990 gesprochen habe, in den reichen Gesellschaften des sogenannten Westens von globalen Herausforderungen ganz neuer Art bedroht. Der Kommunismus hat für den Westen - man muß schon ehrlich genug sein, sich das selbst einzugestehen - für den Westen auch Funktionen gehabt, von denen wir gut gelebt haben. Er hat letztlich die zweite und dritte Welt niedergehalten, daß sie nicht Ansprüche auf unseren Reichtum erheben konnten. Das tut der Kommunismus nicht mehr. Wir alle müssen uns darüber freuen, und nun erleben die reichen Gesellschaften des Westens Bedrohungen: Im schlimmsten Fall durch Kriege, die wir nicht für möglich gehalten haben, durch das Übergreifen von Kriegen mittels terroristischer Anschläge bis hin in unsere Städte, durch Wanderungen von Flüchtlingen und Asylbewerbern, und wenn es denn friedlich zugeht, durch ganz neue Konkurrenz auf den Weltmärkten von Ländern, in denen wegen des niedrigen Entwicklungsstandards die Löhne unvorstellbar gering sind. Damit müssen wir fertig werden. Das ist eine neue Erfahrung, und ich füge hinzu: damit fertig zu werden, das hat Politik in den westlichen Gesellschaften auch nicht gelernt.

Diese neuen Bedrohungen haben offenkundig werden lassen, was in Westdeutschland wie in anderen westeuropäischen Ländern lange verdrängt wurde, weil es ein schleichtender Prozeß war, ein schleichtender Prozeß, über den man sich gern hinweggetäuscht hat: der schleichende Prozeß der zunehmenden Ausgliederung eines immer größeren Teils der Menschen aus der Gesellschaft. Ein Viertel etwa sind es jetzt, die sich ökonomisch, sozial, politisch nicht mehr integriert fühlen in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Es sind Studien des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität in Hannover, von Peter von Oertzen, Michael

Vester und anderen, die das, als die SPD an ihrer Parteireform arbeitete, am Projekt SPD 2000, im einzelnen analysiert haben auf der Grundlage ihrer empirischen Umfragen.

25 % der Menschen wollen letztlich von dieser Gesellschaft nichts mehr wissen, weil sie sich ausgegliedert, nicht mehr integriert fühlen. Das hängt zusammen mit der steigenden Sockelarbeitslosigkeit, mit der Ausgrenzung im Alter, mit immer größer werdenden Unterschieden in der Einkommensverteilung. Und was es schlimmer macht: auch Menschen, die noch nicht das subjektive Empfinden haben, bereits ausgegliedert zu sein, haben Angst davor, es zu werden. Und wenn dies 25 % sind in einer Industriegesellschaft, und Industrie heißt zu deutsch Arbeit oder Fleiß, also in einer Arbeitsgesellschaft, und wenn der Grund dafür die steigende Sockelarbeitslosigkeit ist, dann stehen wir an der Schwelle einer Entwicklung, wo das soziale Bindemittel unserer Gesellschaft, nämlich die Chance, sich durch Arbeit selbst zu verwirklichen und damit in die Gesellschaft integriert zu werden, gefährdet ist. Und damit beginnt diese Gesellschaft gefährdet zu sein. Man muß dies aussprechen, denn hier liegen für Verdrossenheit die Gründe, die die Menschen merken, und nicht in Diskussionen über allfällige Tagesaktualitäten. Wie kann Politik damit fertig werden? Denken wir ein wenig zurück an das, was wir in den 80er Jahren gehört und gelesen haben, über das was Politik leisten soll und kann. Da fällt mir ein, dieser unglaublich unverantwortliche und dumme Spruch des Grafen Lambsdorff: "Jede Mark, die der Bürger und nicht der Staat ausgibt, ist besser verwendet." Welch unverantwortlicher Wahnsinn: Die Mark für den Drogenhehler ist also besser verwandt als die Mark für den Kindergarten. Dies konnte man in den 80er Jahren problemlos unter Beifall sagen. Soziologen haben im Grunde ähnliches geschrieben, für die, die wissenschaftliche Bücher lesen. Politik ist ein Teilbereich der Gesellschaft, hat der Soziologe Niklas Luhmann gesagt, ein Teilbereich nur, der keine Möglichkeit hat, auf die anderen Teile der Gesellschaft Einfluß zu nehmen, und es macht deshalb Sinn, wenn Politik an Bedeutung verliert. Und ein anderer, der Bücher schreibt, Ralf Dahrendorf, hat gesprochen vom Ende des sozialdemokratischen Zeitalters. Damit meinte er aber nicht das Ende der SPD, damit meinte er: der demokratische Sozialstaat, so wie er sich nach dem zweiten Weltkrieg entwickelt hat, der ist überflüssig geworden, weil alles von allein läuft. Das war in den achtziger Jahren, und die Botschaft lautete: so wenig Politik wie möglich, es ist besser, wenn sich Politik zurückhält. Einige wenige, auch in anderen Parteien, und es ist gar nicht falsch, das Richtige auch von Repräsentanten anderer Parteien zu zitieren, das könnte uns allen helfen, haben es anders gesehen. Für mich beeindruckend hat Kurt Biedenkopf an seinem 60. Geburtstag, das war 1990, gesagt: Nach dem Ende des Kommunismus beginnt das sozialdemokratische Zeitalter. Er hat es genauso gemeint, wie es Dahrendorf nicht gemeint hat; er hat nicht den Wahlsieg der SPD haben wollen, das wäre nicht seine Aufgabe. Aber er hat erkannt, es kommen ganz neue Aufgaben auf den notwendig leistungsfähigen demokratischen Sozialstaat zu.

Ich habe die soziologische Position Niklas Luhmanns gestern vor Professoren der Verwaltungshochschule Speyer referiert. - Diese Hochschule hat derzeit einen ganz fatalen Rektor,

der Gründe gibt, diese Hochschule nicht zu besuchen. Das ist ein Adelige mit Namen von Arnim, der polemisiert ständig über Diäten und teilt nicht mit, daß die gesetzliche Notwendigkeit die Bezüge von Bundestagsabgeordneten im Bundestag zu beschließen, vom Bundesverfassungsgericht auferlegt wurde. Wer das nicht mitteilt in wissenschaftlichen Zusammenhängen, der begibt sich außerhalb wissenschaftlicher Diskussion. - Aber dort hat diese These, Politik solle sich zurückziehen, bei Politologen Widerstand hervorgerufen, und ich bekam den Vorwurf, ich möchte doch nicht rechtfertigen, daß Politik weniger Verantwortung habe, als sie braucht. Ich halte es für wichtig, das zu klären. Er ist zu Ende, der Wunsch in dieser Gesellschaft, daß Politik sich zurückziehen soll. Politik ist vor neue Verantwortung gestellt, nur - seien wir ehrlich - auch wir in der Sozialdemokratie arbeitenden Politiker haben es uns zum Teil mit der Gesellschaft abgewöhnt, tatsächlich verantwortlich zu handeln.

Wenn wir nun wieder politisch verantwortlich handeln wollen, so kommen wir vor ein historisches Versagen aller westlichen Demokratien - das historische Versagen, mit den Instrumenten der Finanzpolitik nicht richtig umgegangen zu sein. Ingrid Matthäus-Maier sagt uns das zu Recht in jeder wichtigen Debatte. Und lange - ich habe das immer wieder gesagt, man kann es nicht einfach genug klar machen - lange haben wir ja, manchmal in der Hoffnung, irgendwelche ganz intelligenten innovativen Theorien könnten uns helfen, geglaubt, man könne auf Dauer mehr Geld ausgeben als man einnimmt. Nur diese Binsenweisheit, daß das nicht geht, daß man nicht dauerhaft mehr Geld ausgeben kann als man einnimmt, ja - die kann man auch mit Intelligenz nicht überwinden. Und das ist das große Lernproblem immer noch - auch für sozialdemokratische Abgeordnete und Regierungen. Denn natürlich ist mit dieser Tatsache, wir können nicht dauerhaft mehr Geld ausgeben als wir einnehmen, sondern wir müssen die Differenz zwischen staatlichen Ausgaben und staatlichen Einnahmen kleiner werden lassen, Schmerzliches verbunden. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, diese Notwendigkeit zu erfüllen, es ist kaum möglich, Einzelheiten im voraus festzulegen. Nur die Differenz muß kontinuierlich kleiner werden. Das führt zu einer Veränderung politischen Verhaltens. Der Abgeordnete der, und das war ja richtig, immer zurückkehren konnte in seinen Wahlkreis aus Bonn und sagen konnte, das und das und das habe ich erreicht; oder der Sozialpolitiker, der die nächste Rentenerhöhung, die nächste Verbesserung im Gesundheitssystem als großen Erfolg verkaufen konnte, den kann es nicht mehr geben. Es ist etwas Neues zu lernen, nämlich, wie schließen wir die Differenz zwischen staatlichen Ausgaben und Einnahmen sozial gerecht. Soziale Gerechtigkeit muß dabei ganz und gar nicht verlorengelassen werden, wenn wir diese Differenz schließen; es wäre ein Irrtum, das zu glauben. Es gibt keinen Grund soziale Gerechtigkeit aufzugeben, wenn wir die Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen schließen; aber sie nicht zu schließen, führt zu sozialstaatlicher Handlungsunfähigkeit und zum Schluß hilft ein überschuldeter Staat niemandem mehr. Ihr alle lest in den Zeitungen, was in Italien und Kanada mit dem wegen Staatsverschuldung handlungsunfähigen politischen System bereits geschehen ist. Das soll bei uns nicht geschehen.

Wissen die Menschen von den Problemen der Staatsverschuldung?, werden viele fragen. Nun, eine gute Partei macht demoskopische Umfragen. Zu dem zunächst für mich sogar Beruhigenden mir bekannter Meinungsbefragungen gehört: inzwischen wissen 80% der Menschen, daß die Haushalte der öffentlichen Hände konsolidiert werden müssen, daß also, um es noch einmal zu wiederholen, die Differenz zwischen staatlichen Ausgaben und Einnahmen kleiner werden muß. Das wissen 80%. Wir können es also zugeben und aufhören mit der opportunistischen Behauptung, das Problem der Haushaltskonsolidierung gäbe es gar nicht, man käme irgendwie daran vorbei. Sie wissen es zu 80%, die Menschen, denen wir begegnen. Wozu sie noch nicht bereit sind, wenn die Demoskopien uns nicht etwas falsches sagen, ist, Vorschläge zu akzeptieren, wie die Konsolidierung denn erreicht werden soll. Nur, vielleicht lassen sich noch mal irgendwo 3% Stimmen gewinnen, wenn wir uns über die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung hinwegmogeln als oppositionelle sozialdemokratische Partei. Regieren aber kann man nicht mehr, wenn man sich darüber hinwegmogelt. So ist es auch aus unseren Gesprächen vor den Wahlen nicht herauszuhalten, daß wir sagen: Ihr wißt inzwischen, daß der Staat zuviel Geld ausgegeben hat, mehr als er dauerhaft eingenommen hat. Aber wir wollen mit Euch auch darüber sprechen, wie wir das ändern und dies geht nicht ausschließlich bei den anderen. Das ist das Problem. Haushaltskonsolidierung geht nicht ausschließlich bei denen, die an der jeweiligen Diskussion nicht teilnehmen. Es hat keinen Sinn, sich davor zu drücken, wir müssen es auch schon in den Wahlgesprächen sagen, sonst regieren wir kein Jahr, wenn wir das nicht ehrlich sagen, und die Steuerlüge, die ich eingangs in Erinnerung gerufen habe, wird sich als eine sozialdemokratische wiederholen, und das kann noch mehr schaden als nur uns, nämlich unserem ganzen demokratischen System.

Wie gehen wir nun in dieser Gesellschaft mit den von mir analysierten Problemen um.

Die Bürger haben Schwierigkeiten sich zu informieren. Sie sind überflutet durch die Informationsvielfalt der Mediengesellschaft. Wir selber, die Medien, wir flüchten uns in Tagesaktualitäten. Und die immer wieder neue Tagesaktualität, deren Gewicht keiner mehr ermessen kann, ist kein Beitrag zu signalisieren, daß politisches Handeln irgendein Problem löst. Vielfach erreicht dies auch der Parteienstreit nicht und auch nicht die Zuweisung von Verantwortungen von der einen zu der anderen politischen Ebene. Jetzt mögen mich vielleicht sowohl die Kollegen im Bundestag, wie die im Landtag etwas kritisch ansehen: nur ich finde es immer sinnloser, wenn sich Bund und Länder, und jetzt beziehe ich die Kommunen auch noch ein, gegenseitig auffordern, fiskalische Probleme durch mehr Ausgaben zu lösen. Bund und Länder und Kommunen leiden alle unter dem gleichen fiskalischen Dilemma, und es ist eine Ablenkung von den Problemen und die Verhinderung ihrer Lösung, wenn eine Ebene so tut, als könnte die andere noch Ausgaben steigern, weil sie angeblich nicht so sehr verschuldet sei. Also lassen wir das mal alle und geben zu: alle zusammen müssen wir die öffentlichen Haushalte konsolidieren, sogar egal, wer regiert. Wenn das nicht geschieht, wird sich die berechtigte Kritik an Problemen unserer Gesellschaft weiter umsetzen in Kritik an Politik generell oder, wenn auffällt, daß Kri-

tik an Politik generell nicht möglich ist, in Kritik an den Parteien. Aber hierin sind undemokratische Elemente enthalten, das ist offenkundig. Deshalb kann es in der Wahlauseinandersetzung kein gründliches Gespräch geben, in dem wir nicht deutlich machen: zu Politik gibt es keine Alternative. Es gibt keine Politikfreiheit. Die aus der Geschichte bekannte Alternative zu Kohl oder Scharping heißt Hitler oder Honecker. Das muß man deutlich sagen, sonst kann das Gerede über Politik verdrossenheit zu tragischem Ende für die Demokratie führen. Für das Ansehen, für die politische Handlungsfähigkeit von Demokratie aber sind wir, die Parteien verantwortlich.

Deshalb sollten wir auch Auswege, die wir manchmal suchen, lieber nicht gehen. Es ist populär, und manchmal einfach für uns Abgeordnete, betroffen zu sein: ja wir verstehen doch die Probleme der Menschen. Wir sind mit ihnen, weil wir betroffen sind, wenn wir sie hören. Das macht einen guten Eindruck - im Augenblick, und vielleicht einen besonders guten Eindruck, wenn man sogar noch darlegen kann, daß man anders gestimmt hat als seine Fraktion, dann war man nämlich besonders betroffen. Ich glaube, auch das hilft nicht. Es führt zu einer Personalisierung von Politik, die keiner durchhält. An der Spitze unserer Partei haben wir die Überforderung durch Personalisierung schmerzlich erlebt und beenden müssen. Eine Journalistin und ein Bischof haben nach meiner Ansicht in hervorragender Weise die Fragwürdigkeit dieser Betroffenheitsethik aufgedeckt, die Journalistin Cora Stephan und der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Engelhard. Also, wenn wir denn betroffen sind, dann mag das in bestimmten Fällen zwischenmenschlich richtig sein. Aber wenn wir nicht sagen können, was wir tun, damit die Situation, die zu der Betroffenheit geführt hat, sich ändert, dann ist es vielleicht manchmal besser nicht betroffen zu sein.

Und noch eine Verhaltensweise, die wir haben und auf die wir stolz sind, will ich ansprechen: die Kritik. Kritik hat wieder mit vielem zu tun. Die, die Gesellschaftswissenschaften studiert haben unter uns, die haben von Kritischer Theorie gehört. Kritik ist generell so toll. Journalisten sind auf das Ethos der Kritik eingeschworen. Wenn man schon kritisch ist, dann macht man auch Krisen aus. Ja es scheint mir gar nicht mehr möglich manchmal, unter Sozialdemokraten zu sein, ohne daß wir Krisen ausmachen. Wer in ein Lexikon sieht, der wird lesen, Krise ist die lebensbedrohende Gefährdung eines Menschen oder eines Systems. Die Medizin hat noch den richtigen Sprachgebrauch. Es ist völlig richtig, die Ausgliederung von 25% der Menschen aus dem Integrationszusammenhang der deutschen Gesellschaft als Krise zu begreifen. Aber anderes? Ich bin neulich eingeladen worden auf einem Forum über Verkehrspolitik über die Rettung der Städte zu reden - vor dem Verkehr. Ich habe geantwortet: in einer Situation, die wir derzeit in Europa erleben, glaube ich, daß nur Sarajevo gerettet werden muß und sonst keine Stadt. So haben sich die Dimensionen verschoben und wir sollten ihrer bewußt sein, bevor wir von Krisen reden. Nicht jeder gesperrte Sportplatz, nicht jedes geschlossene Theater, nicht jeder fehlende Kindergartenplatz ist eine Krise.

Bei der Diskussion über SPD 2000 sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß die Alternative zu medienvermittelter Kommunikation, zu der wir sehr viel beitragen, daß sie so ist wie sie ist, aber die uns trotzdem oft nicht gefällt, nur sein kann, das direkte Gespräch, das auf Handlung ausgerichtet ist. Handlungsorientierte Kommunikation, weil Fremdwörter schön sind, nennen wir das. Ich will es übersetzen mit Wahlgespräche, bei denen die Bürger den Eindruck haben, jeder zehnte Satz, den wir sprechen, könnte zu irgend etwas führen. Das ist für mich die Antwort auf Kritik an Medien. Mancher von uns kann das damit begleiten, daß er oder sie nicht jede Medienkommunikation mitmacht, die Moderatoren einfällt. Das muß nicht schaden, ist meine persönliche Erfahrung, weil das andere wichtiger ist, das Gespräch, das Gespräch mit den Menschen, die wir treffen in den nächsten Monaten. Bei diesem direkten Gespräch, so glaube ich, wird etwas nicht der Wahlkampfaktik geopfert werden können, was auch sozialdemokratische Wahlstrategen gern opfern. Wenn Bürgerinnen und Bürger sagen: ihr Parteien seid verwechselbar, dann kann das mehrere Motive haben, auch manche, die nicht stimmen. Aber es stimmt schon eines: die demokratischen Parteien wollen alle das Gute. Wenn ich, um im Bereich der Verkehrspolitik zu argumentieren, um die ich mich zur Zeit im Zusammenhang des SPD-Regierungsprogrammes '94 kümmere, lese, was auf der Ebene der Prinzipien über Ökologie und nicht so viel Autos auf dieser Welt der derzeitige Bundesverkehrsminister schreibt und sagt, dann unterscheidet sich das nicht sehr von den allgemeinen Texten, die ich bei uns vorfinde. Verkehrspolitisches Handeln konkretisiert sich bei der Frage, sind wir Sozialdemokraten bereit, Straßenbaumittel tatsächlich zu kürzen und umzuschichten. Verkehrspolitisches Handeln konkretisiert sich bei der Frage, sind wir Sozialdemokraten bereit, das Tempolimit zu reduzieren. Dazu sagt der derzeitige Bundesverkehrsminister möglichst nichts. Auf der Ebene des allgemeinen Guten gibt es weniger Unterschiede als wir glauben, manchmal schauen wir zuwenig hinein, in die Papiere, in denen die CDU das Gute verkündet. Ganz ohne die Bereitschaft und den Mut in den zentralen Fragen, zu den zentralen Problemen, die wir in der Wahlauseinandersetzung 1994 ansprechen wollen, auch zu sagen, wie wir es machen, geht es nicht und diese Notwendigkeit ist verkoppelt mit der Notwendigkeit, den Haushalt zu konsolidieren. Es geht nicht anders.

Damit bin ich bei einer Grundvoraussetzung für Wahlgespräche, die mit der Grundfrage zu tun hat: Wie können wir in einer Gesellschaft, die sich als partei- und politikverdrossen versteht, den Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen, wozu das alles gut ist, was Politiker machen. Dabei gibt es ein Dilemma: denn wir werden den Bürgern gleichzeitig zweierlei erklären müssen. Erstens das, was Politik genannt wird, wozu wir als sozialdemokratische Abgeordnete beitragen, das kostet sie sehr viel Geld. Diese Veranstaltung Politik kostet die Bürgerinnen und Bürger 50% ihres Einkommens. 50% des Sozialprodukts gehen durch die Entscheidungen der Parlamente und Kommunalvertretungen. 50% - das ist viel Geld. Und mit 50% des Sozialprodukts muß anständig umgegangen werden. Das erwarten die Bürger von uns. Eine Partei, die nicht darauf hinweist, ihre Hauptaufgabe sei es, darauf hinzuwirken, daß möglichst effizient

diese 50% des Einkommens der Bürger umgesetzt werden in öffentliche Leistungen und Güter, die stellt sich in Frage. Und wenn mehr und mehr Bürger fragen, was macht ihr Parteien, dann ist das auch für uns ein an das Selbstverständnis rührendes Signal. Diese Situation verbietet für mich bestimmte Arten von Kommunikation. Wenn Politik sich so verkauft, als wäre sie die kommunikative Alternative zu Sportveranstaltungen oder zu Unterhaltungssendungen, dann wäre sie maßlos überbezahlt, und darauf sollte jeder von uns bei allen Darstellungen von Politik Rücksicht nehmen - oder um es leger auszudrücken, Geschmack hin, Geschmack her, Harald Schmidt ist als Entertainer besser als Helmut Schmidt und auch Gottschalk besser als Kohl. Das sollten wir berücksichtigen bevor wir Gags machen im Wahlkampf. Es geht darum, wie erbringen wir die richtigen öffentlichen Leistungen für 50% des Sozialprodukts.

Diese für alle Parteien geltende Notwendigkeit muß sich nun zweitens vertragen damit, daß Demokratie nur akzeptiert wird, wenn es unterscheidbare politische Alternativen gibt. Ich habe schon festgestellt: das Schöne und Gute, das will auch die CDU. Es muß aber unterscheidbare Alternativen geben. Mir drängt sich, wenn ich 1994 eine Alternative zwischen den Konservativen und uns Sozialdemokraten auf den Begriff bringen soll, die Unterscheidung auf: wir Sozialdemokraten streiten für einen Sozialstaat, der integriert, gegen eine Partei, die mit immer nationalistischer werdenden Begründungen einen Staat haben will, der ausgrenzt. Man muß Schäuble auf dem CDU-Parteitag gehört haben. Für einen Sozialstaat, der integriert gegen einen Patriotismus mißbrauchenden Nationalstaat, der ausgrenzt.

Integration vollzieht sich, ich habe dies gesagt, durch Arbeit. Und ich will überhaupt nur zu einem Punkt, zu einem Problembereich, um den wir streiten müssen, ganz kurz etwas sagen, zum Bereich der Arbeit. Rudolf Scharping hat völlig zurecht Arbeit und Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt all seiner Reden gestellt: wenn es uns Sozialdemokraten nicht gelingt, die Zahl der Unbeschäftigten radikal zu vermindern, die Arbeitsgesellschaft zu erhalten, dann laufen wir Gefahren, die über eine Wahlniederlage hinausgehen. Die nordrhein-westfälischen SPD-Abgeordneten im Bundestag sind in diesem Feld der Politik hervorragend vertreten: durch Anke Fuchs, durch Rudolf Dreßler, der mit einem hervorragenden Ergebnis heute wiedergewählt wurde als Bundesvorsitzender der AfA; die Politik der Arbeit ist traditionell Schwerpunkt nordrhein-westfälischen SPD-Engagements im Bundestag.

Integration durch Arbeit, das verlangt drei Strategien sozialdemokratischer Beschäftigungspolitik und alle drei sind notwendig und sie können auch nur alle drei gleichzeitig durchgeführt werden. Die erste Strategie ist mehr Beschäftigung durch neue Produkte, neue Leistungen auf der Grundlage von technologischen Innovationen, verbunden mit Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten. Die zweite ist eine gerechte Verteilung von Arbeit und Einkommen und die dritte, ich möchte es so nennen, ist eine integrative Arbeitsmarktpolitik für die Schwachen, die bei neuen Technologien nicht ohne weiteres mitkommen.

Alle drei Strategien gehören zusammen und ich möchte zu allen dreien noch wenige Stichworte sagen.

Neue Produkte, neue Dienstleistungen, mehr Wettbewerbsfähigkeit, das erfordert eine neue Form des Zusammenwirkens von Unternehmen und Staat. Das können Sozialdemokraten inzwischen vor Unternehmern wieder problemlos sagen, ja, wir werden aufgefordert es zu sagen. Da hat es eine Änderung im gesellschaftlichen Bewußtsein gegeben; ich erinnere noch einmal an Dahrendorf und Lambsdorff. Vorige Woche war ich gemeinsam mit Rudolf Scharping, ich durfte ihn begleiten, bei einem Gespräch mit allen Automobilunternehmen in Deutschland. Ein solches Gespräch ist erforderlich, weil in Deutschland Verkehrspolitik derzeit nicht konzipiert werden kann, ohne auf die Beschäftigungssituation in der Automobilindustrie Rücksicht zu nehmen. Und unbeschadet der sonstigen Ergebnisse: alle Repräsentanten der Automobilindustrie bestätigten: das gab es noch nicht, daß der Vorsitzende einer großen Partei alle Automobilkonzerne zusammengerufen hat, um mit ihnen darüber zu sprechen, wie bestimmte verkehrspolitische Entscheidungen sie betreffen. Und sie fanden das hervorragend und notwendig. Wir konnten erstaunlich offen miteinander sprechen, sachlich über viel mehr verkehrspolitische Fragen als die Radikalapologeten des Autos für möglich halten dürften.

Ich komme dann zu der Frage, welchen Beitrag kann staatliche Forschungspolitik leisten, um mehr Beschäftigung zu erreichen. Auch da will ich aus meinen Gesprächen der letzten Wochen berichten, was mir wichtig ist. Ich habe mit dem für Forschung zuständigen Vorstandsmitglied von Daimler-Benz gesprochen. Nachdem er mir erzählt hatte, was er so alles forscht, habe ich ihn gefragt: Herr Weule, hindert Sie der Staat Bundesrepublik Deutschland in irgendeiner Weise an Ihren Forschungen. Er hat mich angeguckt und hat gesagt: "Nein!" Und dann habe ich ihn noch mal gefragt und da sagte er: "Ja, ich forsche nicht im Bereich der Gentechnologie. Wir bei Daimler werden nicht behindert."

Wir Sozialdemokraten sollten uns nicht einreden, daß unsere Einsicht in die ökologische Begrenzung von bestimmten Technologien gleich die Forschung umbringt. Daimler-Benz sieht da für die eigene Forschung kein Problem.

Arbeitszeitverteilung anders als jetzt, verbunden mit anderer Einkommensverteilung: als Oskar Lafontaine das vor einiger Zeit erstmals formulierte, da waren viele verwundert. Wenn beim Volkswagenkonzern, im Lande von Gerhard Schröder, der wohl als erster eine Wahl gewinnen wird in diesem Jahr, ein spanischer, besonders eigentümlicher Manager mit der IG-Metall eine solche Regelung aushandelt, um Arbeitsplätze zu sichern, dann scheint mir das ein wichtiger Beitrag dazu zu sein, über Arbeitszeitverteilung, über Arbeitsverteilung anders zu reden als in der Vergangenheit

Und integrative Arbeitspolitik: d.h. für das Viertel der Gesellschaft, das nicht mehr integriert ist in die Arbeitsgesellschaft, brauchen wir schon einen anderen, einen effizienteren Einsatz der Instrumente der Arbeitsförderungs politik, um diese Menschen nicht dauerhaft auszugliedern.

Alle drei Strategien, und das ist mir wesentlich, werden nur erfolgreich sein, wenn sie zusammen eingesetzt werden, zusammen eingesetzt werden, weil es wenig Zweck hat, zu sagen: wir Sozialdemokraten, wir versprechen diese Erfolge der Politik. Umsetzen werden wir unsere Konzeptionen nur können, wenn in Kooperation mit Unternehmen und Gewerkschaften alle drei beschäftigungspolitischen Strategien gleichzeitig angegangen werden. Das wird die eigentliche Herausforderung an unsere Regierungskunst sein.

Genossinnen und Genossen, auf dieses eine gesellschaftspolitische Problem will ich mich beschränken.

Abschließend möchte ich in vier Punkten zusammenfassen, warum es lohnt, SPD zu wählen:

1. Wir haben seit 130 Jahren die Grundwerte, an denen wir unsere Politik orientieren.
2. Wir haben mit Rudolf Scharping die Führungspersönlichkeit, die Garantie gibt, daß wir regieren können. Das zeigt er sowohl in Gesprächen mit Unternehmern wie mit Gewerkschaften.
3. Wir haben es auf dieser Basis erreicht, daß wir gesprächs- und kooperationsfähig sind mit allen Gruppen der Gesellschaft und
4. wir haben genug Menschen, die gute Konzepte umsetzen können, wenn wir regieren. Manchmal könnte die Koordinierung noch etwas verbessert werden.

Nun habe ich kaum etwas über die CDU gesagt. Das hat seinen Grund. Angelica Schwall-Düren hat mir berichtet von einer Veranstaltung, im Rahmen der vielen gestern Nachmittag, wo mit jungen Menschen gesprochen wurde, auch über Gewalt. Einer der Teilnehmer an diesen Diskussionen, bei der Johannes Rau zugegen war, so berichtete mir Angelica, hat gesagt: Gewalt verbreitet auch die Politik. So wie Politiker vor dem Fernsehen miteinander umgehen, mit diesem Vokabular, mit der verbalen Kriminalisierung des Gegners aus Anlässen, die zu Kriminalisierung keinen Anlaß bieten, dieser Brachialsprache, die wir uns leisten - ist dies nicht auch Gewalt? Mein Eindruck war das schon lange. Und nun kann ich nicht sagen, wie das in den Medien weitergeht, davon verstehe ich nicht genug. Aber ich glaube für das direkte Gespräch reicht es zu sagen: in 10 Jahren hat Kohl, hat die CDU versagt, die Fundamente der Arbeitsgesellschaft zu erhalten, geschweige denn sie zu verbessern. Die CDU hat versagt bei der Vereinigung Deutschlands und die CDU ist unfähig gewesen, die Chancen der Außenpolitik für ein friedliches Gesamteuropa, die nach 1989 bestanden, zu ergreifen. Das kann man sagen und das wird vielleicht, zumindest im direkten Gespräch, viel glaubwürdiger, wenn man es so nüchtern und ohne Verbalinjurien vorträgt. Herzlichen Dank!

**Ansprache des Landesvorsitzenden der NRW-SPD
Johannes R a u
auf der Landesdelegiertenkonferenz zur Aufstellung der
Landesreserveliste zur Bundestagswahl
am 05. März 1994 in Rheine**

Die Regie hat es so gefügt, daß ich jetzt denjenigen, die noch hinzugekommen sind, sage, wir haben heute morgen einen Landesparteitag gehabt über Jugendpolitik, der hat länger gedauert als vorgesehen, und ich bin dann gebeten worden, doch das Schlußwort zu verbinden mit dem Eingangswort zur Landesdelegiertenkonferenz. Nun will ich Euch nicht dafür strafen, daß der Geräuschpegel noch etwas höher ist als er sein sollte, aber ich will doch sagen, wenn ich an die Diskussion von heute morgen denke und an die Abstimmungen: Das soll uns erst mal eine Partei nachmachen, daß man so über junge Menschen, mit jungen Menschen spricht und ein so konkretes Programm beschließt, wie wir das mit dem Leitantrag gemacht haben. Ich bin ein Stückchen stolz darauf, daß wir das heute morgen zustande gebracht haben.

Ich brauchte diesen Beifall schon, um meine Brille zu holen, aber nun sage ich Euch, nutzt diese Gelegenheit, auch zuzuhören, denn die Geräuschkulisse ist so, als wäret Ihr Euch immer noch nicht klar darüber, auf welchem Platz der Reserveliste Ihr kandidieren wollt, als wenn Ihr nur darüber mit den Nachbarn sprecht. Das ist keine Hilfe für einen sinnvollen Verlauf dieser Delegiertenkonferenz. Wir haben uns ein Jahr vorzustellen, liebe Freunde, bei dem kann es uns schon etwas mulmig werden. In 15 Monaten vier Wahlen. Wir haben am 12. Juni die Europawahlen, mich macht besorgt, daß die Stimmung der Bevölkerung so ist, daß sie meinen, da brauche man gar nicht erst hinzugehen. Mich macht besorgt, daß Europa vielen so weit weg scheint, daß sie glauben, an den Entscheidungen im Europäischen Parlament liege es sowieso nicht, und ich bitte sehr herzlich, daß wir an das denken, was Klaus Hänsch gesagt hat, wer am 12. Juni glaubt, er könne noch ein bißchen weiterschlafen, der wird sich am 16. Oktober wundern, weil er zu spät aufgewacht ist. Da ist ein enger Zusammenhang. Am 16. Oktober sind die Bundestagswahl und die Kommunalwahl, eine Situation wie wir sie lange nicht gehabt haben in Nordrhein-Westfalen, und am 2. Sonntag im nächsten Jahr, traditionellerweise am Muttertag, wählen wir den neuen Landtag. Nun weiß ich nicht, ob ich dann dabei bin.

Wir haben ja heute morgen davon gehört, von Gabi Behler, heute vor 25 Jahren ist zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik und bisher das einzige Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ein Sozialdemokrat Bundespräsident geworden, Gustav Heinemann. Ich kann mich an den Tag heute vor 25 Jahren in Berlin sehr, sehr gut erinnern. Da hatte man Gustav Heinemann gefragt, wie geht das denn abends und da hat er gesagt, wenn das gut geht, wenn ich gewählt werde, dann machen wir eine kleine Feier im großen Kreis, wenn's schief geht, dann machen wir eine große Feier im kleinen Kreis. Ich möchte am 23. Mai nicht vor diese Alternative gestellt werden, ich möchte feiern können. Und mir wäre es schon wohler, wenn bei der Frage nach dem Bundespräsidenten nicht danach gefragt würde, welche Koalitionsspekulation verhindere ich mit meiner Stimme.

Mir wäre es recht, wenn die Menschen fragten, die Männer und Frauen in der Bundesversammlung, wer ist jetzt der richtige für die nächsten 5 Jahre, egal in welcher Partei er sich politisch zuhause fühlt. Aber jetzt noch mal zurück zu den vier Wahlen: Das ist ein Marathon mit vielen Hürden, und wir müssen uns bei jeder dieser Wahlen neu bewähren. Da braucht man sowohl Sprungkraft als auch langen Atem; also bei allen Wahlen alles geben, ohne uns zu früh zu verausgaben. Das ist nicht leicht, aber wir können es schaffen, wenn wir in der Tradition nordrhein-westfälischer SPD unsere Aufgaben gemeinsam angehen und wenn wir uns klarmachen, was auf dem Spiel steht. Alle politischen Weichen werden in den kommenden 14 Monaten neu gestellt, die politische Macht wird neu verteilt. Und wir haben dabei eine einmalige Chance. Ich finde die Chance ist die Kehrseite dieser großen Anstrengung und der ungeheuren Erfolg, der möglich ist, der ist das, was aus der ungeheuren Anstrengung kommen kann. Wenn man das weiß, dann kriegt man alle Kräfte zusammen. Ich freue mich darüber, daß wir als nordrhein-westfälische SPD gut dastehen. Das ist der Erfolg harter, oft hartnäckiger und langer Arbeit, aber wir wissen auch, da nenne ich ein Wort eines britischen Konservativen, wer sich auf seinen Lorbeeren ausruht, der trägt sie an der falschen Stelle. Das darf uns nicht passieren, daß wir denken, bei uns sei schon alles gelaufen. Es ist nichts gelaufen, wenn wir nicht laufen, und zwar jeden Tag. Ihr kennt das ja aus vielen Reden, die nächste Wahl ist immer die jeweils wichtigste, aber es gibt keine Garantie und laßt Euch nicht einlullen von den Demoskopen außerhalb von Wahlkämpfen; da habe ich eine eigene Erinnerung, auch als Kanzlerkandidat. Wenn die Wahlergebnisse so gut gewesen wären, wie die Meinungsumfragen vorher, dann wäre ich fröhlicher an dem Abend gewesen.

Die Gefahr ist, daß wir in den Meinungsumfragen gut dastehen und daß wir hernach bei den Wahlergebnissen Rabatt zahlen müssen, der dazu führt, daß die anderen obsiegen. Ich habe das Wort "Stammwähler" nie benutzt. Das klingt so nach Eigentum. In Wirklichkeit gibt's keine "Stammwähler". Man muß sie immer wieder für sich gewinnen. Wähler sind kein Besitz. Aber das, was der Begriff "Stammwähler" in der Wahlforschung sagt, das waren vor 10 Jahren noch 60 Prozent. Das sind jetzt nur noch 40 Prozent. Und wer sich das ansieht, wieviele unsicher sind, ob sie überhaupt wählen gehen, dem wird das deutlich. Ich sage das gerne mal mit einem Beispiel. 1980: Da hatte in allen Umfragen die FDP 9 Prozent, aber bei der Frage an die FDP-Wähler, gehen sie auch zur Wahl?, haben nur 40 Prozent "ja" gesagt und danach saß die FDP da mit 4,98 Prozent. Es kommt also auf Mobilisierung an, ob wir es schaffen. Und das gelingt uns nur, wenn wir deutlich machen, Stimmhaltung, Nichtwählen hilft den Extremen und den Extremisten und nicht den Volksparteien. Und wenn wir deutlich machen, auch bei Kommunal- und Landtagswahlen, Denkkzettel können auch ein Bumerang sein. Viele wollen mal einen Denkkzettel verpassen. Man muß mit ihnen darüber reden. Viele Menschen halten nichts mehr von der Politik, aber das hängt vielleicht auch damit zusammen, daß viele Unmögliches von der Politik erwarten und daß wir Politiker zu lange den Eindruck erweckt haben, wir wären für alles zuständig und wir könnten alles lösen. Wenn wir uns stärker darauf beschränken, deutlich zu machen, wo wir Rahmenbedingungen verändern und verbessern können, statt so zu tun, als könnten wir alle Probleme lösen, dann glaube ich, gäbe es einen Zuwachs an Glaubwürdigkeit für die Politik in unserem Land. Wer Unmögliches erwartet, der wird enttäuscht und wer zuviel verspricht, bekommt nach dem Wahltag die Rechnung vorgelegt. Wir müssen also Abstand nehmen und Abschied nehmen von den Allmachtsphantasien. Aber wir dürfen an deren Stelle nicht Ohnmachtsgefühle treten lassen. Das heißt, wir müssen den Versuch machen, das, was uns anvertraut

ist - nicht mehr, aber auch nicht weniger - so zu nutzen und so umzusetzen in Politik, daß Menschen uns ihr Vertrauen geben, und ich denke dann braucht man die parlamentarische Demokratie nicht abzuschreiben, dann braucht man nicht die Sorge zu haben, daß die Stattparteien oder die Parteienverdrossenheit das Thema der nächsten Jahre werden.

Ich kann den Unmut verstehen, und wir geben ja auch immer wieder Anlaß zu Unmut, aber Unmut löst keine Probleme, sondern macht die Lösung der Probleme noch schwerer. Ich bin also nicht gegen die Parteien, sondern ich bin für erneuerte und verbesserte Parteien. Ich bin für Parteien, die sich mit den wirklichen politischen Themen befassen und ich habe oft gesagt, auch in eigenen Veranstaltungen, eine Partei, die ihre führenden Funktionäre so in Gremien, Sitzungen beschäftigt, von Montag morgens bis Sonntag abends, daß die Gefahr der Begegnung mit dem Wähler nicht mehr entsteht, die ist krank.

Der Ernstfall der Demokratie ist nicht die Parteiversammlung, sondern das Gespräch mit dem Bürger und der Ortsverein ist keine Wärmehalle, sondern eine Tankstelle für Argumente. Das müssen wir neu lernen, das müssen wir neu einüben. Wir haben heute eine wichtige Entscheidung zu treffen, nämlich über die Reserveliste für die Bundestagswahl. Wir haben das eben gehört von Christina Riesenbeck, sie hat das festgemacht an Helmuth Becker, den ich immer suche mit meinen Augen. Ja, Helmuth, links hatte ich Dich nicht vermutet.

Wenn man sich das noch mal bewußt macht, was der Helmuth Becker in den letzten 25 Jahren gemacht hat, neben dem Kunststück, alle Bundesprominenz immer in seinen Wahlkreis zu holen. Das konnte gelegentlich sein, daß man nur in seinen Wahlkreis zu fahren brauchte, um Präsidiumsmitglieder zu finden. 25 Jahre auf diesem schwierigen Acker dieses Wahlkreises, 25 Jahre. Ein Mann, der Vertrauen im Wahlkreis hat und Vertrauen in Bonn und der für viele in der eigenen Fraktion, aber darüber hinaus ein Gesprächspartner gewesen ist, der weit über das Politische hinaus solches Vertrauen gefunden hat, dem einmal herzlich zu danken, daran liegt auch mir sehr.

Und wenn ich das tue Helmuth, dann tue ich das stellvertretend für die, die nicht mehr kandidieren oder die nicht mehr gewählt werden. Und es gibt ja, seht Euch die Liste mal an und seht euch danach die Wahlergebnisse an. Man ist sehr schnell dann im Schatten. Man ist sehr schnell, wenn man das Mandat nicht mehr hat in einer Situation, in der einen Dankesworte nicht mehr erreichen und ich meine, wir sollten jetzt nicht nur Herrn Becker danken, sondern allen 73 nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten, die in den letzten vier Jahren da ihre Arbeit getan haben, sollten wir ein Wort herzlichen Dankes sagen für eine Leistung, die manche von uns beurteilen können und die manche von uns nur ahnen. Hab' herzlichen Dank.

Nun sag ich nur noch, ohne zu wiederholen, was wir im November besprochen haben, ich habe den Eindruck seit dem Parteitag im November in Wiesbaden hat die Partei bundesweit wieder Tritt gefaßt, und die Art und Weise wie Rudolf Scharping die Partei führt, kommunikativ, im Gespräch - da muß ich Euch schnell sagen, das ist der Hund von Reinhold Hemker, der aber selbst kandidiert." Und wenn Ihr mir diesen Zusatz noch erlaubt, Reinhold, die Sache hat eine relative Originalität. Das eigentliche Ereignis kannst du nachlesen bei Werner Bergengrün "Der Hund in der Kirche", also nicht "Der Hund auf dem Parteitag" und wir

kennen deinen Beruf ja auch. Du solltest dich mehr um die Schafe kümmern. So ist klar, was hier besprochen worden ist. Wer's nachlesen will, Johannes 10, ist gemeint. -

So, zurück von Reinhold Hemker zu Rudolf Scharping, ich sage Euch, ich habe Respekt davor, wie Rudolf Scharping das im Augenblick macht. Ich war ja mal drei Monate amtierender Vorsitzender bis zu dem Parteitag in Essen und ich habe das da nicht ausgebaut, sondern ich habe versucht die Partei in einem Zustand zu übergeben, in dem man sie dem Rudolf Scharping anvertrauen konnte. Wie schwer das ist, weiß ich aus 12 Jahren stellvertretender Parteivorsitzender. Daß Rudolf Scharping den Themenwechsel hingekriegt hat, daß er jetzt endlich über das redet, was die Menschen bewegt, Arbeitsplätze, Skandal der Dauerarbeitslosigkeit, soziale Gerechtigkeit, Wohnungsnot, daß wir also nicht mehr so tun, als wären wir eine UNO-Filiale, so wichtig die UNO ist, sondern daß wir wieder über die Sachen reden, die die Menschen bei uns beschäftigen, das ist ein ganz Stück weit Verdienst von Rudolf Scharping.

Damit haben wir auch eine Chance für Nordrhein-Westfalen, die wollen wir nutzen, auch durch das, was wir heute hier beschließen, die Landesliste für die Bundestagswahl. Da sage ich aus meiner Erfahrung, ich selber habe mal auf der Liste gestanden, das war 86/87. Das Zustandekommen einer solchen Liste ist ein ganz schmerzhafter Prozeß. Da gibt's Kompromisse, Verletzungen, Siege, Niederlagen, endlich mal Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit. Jeder einzelne, dessen Name da steht, hat eine Beziehung zu dem Platz, den er hat, eine dankbare oder eine verbitterte. Aber das ist das Wesen einer demokratischen Partei, und der Irrtum ist, ein Landesparteitag könne eine örtliche Entscheidung ersetzen, manchmal kann er sie korrigieren, meist tut er das nicht. Wie immer ein souveräner Parteitag entscheidet, wir haben versucht, eine Liste zustande zu bringen, von der wir glauben, daß sie dem Bild der SPD in Nordrhein-Westfalen entspricht, u.a. dadurch, daß auf den ersten 30 Plätzen so viele Frauen sind, wie noch nie in der Geschichte der SPD in Nordrhein-Westfalen. Ich muß Euch das jetzt nicht auf Platz 30, auf Platz 40 im einzelnen darstellen. Es sind manchmal über 40%, je nachdem wo man den Schnitt macht.

Wir können als Landesvorstand Euch guten Gewissens bitten, dieser Liste zuzustimmen. Die Liste hat sich geändert. Wir schlagen Euch vor, den Mann mit dem ich jetzt seit 1977 gemeinsam jetzt mit Gabi Behler, früher mit Antje Huber, den Landesvorstand leite, Christoph Zöpel auf Platz 1 zu setzen. Ich denke, daß man das nicht im einzelnen begründen muß, sondern daß es der Aufgabenverteilung entspricht, die wir miteinander verabredet haben und die wir miteinander praktizieren, 17 Jahre lang, da kennt man die Stärken und Schwächen des anderen, da ist man eingespielt, da bringt man auch miteinander etwas zustande, manchmal auch nach langwierigen Prozessen.

Aber wenn wir Euch das vorschlagen, wir tun das anständig, dann meine ich, sei es doch mehr als eine Petitesse, mehr als eine höfliche Floskel, wenn ich noch mal daran erinnere, daß bis auf das Jahr 1987 in der Zeit, die ich denken kann, ein Mann auf Platz 1 war auf unserer Landesliste, der für mich wie kein anderer Heimatgefühl in der SPD bedeutet hat, Willy Brandt. Das war immer unser Spitzenkandidat. Er hat nicht immer so gestimmt, wie wir das wollten. Er hat auch nicht immer so geredet, daß es jedem von uns geschmeckt oder gepaßt hat, aber an ihn zu erinnern bei der Landesliste, bei der sein Name nicht mehr da sein kann, das

ist für mich mehr als eine Pflicht, und ich denke am besten schließe ich meinen Beitrag, wenn ich Euch aus der Abschiedsrede, die er gehalten hat am 14. Juni 1987 in Bonn in der Beethoven-Halle, wenn ich aus der ein paar Sätze lese.

Ihr könnt Euch erinnern an diesen Tag, alle sind gekommen, die Frauen haben ihm jeder eine Rose gebracht, es war ein schmerzhafter Abschied: Ein Jahr vorher die verlorene Bundestagswahl, dann die Auseinandersetzung um die Pressesprecherin, das war nur ein Auslöser, das war nicht der Grund und dann der Wechsel nach fast 25 Jahren Parteivorsitz, nach 12 Jahren Regierungstätigkeit.

Ich weiß keinen, bei dem die Identität zwischen SPD und Personennamen so groß ist wie bei Willy Brandt. Er hat damals gesagt, ich zitiere das auch, weil manchmal heute ein ganz anderes "Brandt-Bild" vermittelt wird: "Unsere Aufgaben sind klar, die SPD darf sich nicht daran hindern lassen noch energischer anzugehen gegen die Vernachlässigung deutscher Interessen in der Welt, gegen die Schande hoher Arbeitslosigkeit und sich ölfleckartig ausbreitender Ungerechtigkeit. "Ich nenne", so Willy Brandt, "die Stichworte aufgeklärte Vernunft, sozialer und ökologischer Humanismus, demokratische Kultur. Unsere Partei muß bleiben, was sie im Kern seit mehr als 100 Jahren gewesen ist, ein Zusammenschluß deutscher Patrioten mit europäischer Verantwortung und unverdrossenen Dienst am Frieden und am sozialen Fortschritt im Inneren wie nach außen."

ltp/raudel/kb

Protokollführung: Marion Tüns

beglaubigt durch die Versammlungsteilnehmer/innen zur Versicherung an Eides Statt

Anke Brun n und Reinhard Gr ä t z

IMPRESSUM:

SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Elisabethstraße 3, 40217 Düsseldorf
März 1994
